



**Hagen Reinhold**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Anlässlich der Veröffentlichung einer Studie zur Entwicklung öffentlicher und privater Schulen in Ostdeutschland durch das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, erklärt der Bundestagsabgeordnete Hagen Reinhold (FDP):

Berlin, 18.12.2018

**Hagen Reinhold, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78388  
Fax: +49 30 227-70390  
hagen.reinhold@bundestag.de

### **Warum Rostock jetzt den Weg der sozialen Spaltung verlassen muss**

„In Rostock rächen sich die städtebaulichen Versäumnisse der Vergangenheit“, kommentiert Hagen Reinhold, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion eine Studie des WZB zur Entwicklung der Privatschulen in der Hansestadt. „Die sozialräumliche Segregation hat die unschöne Eigenheit sich selbst weiter zu verstärken. Die Stadt muss diesen Teufelskreis durch konsequentes Gegensteuern durchbrechen und die städtebaulichen Fördermittel des Bundes endlich dort einsetzen, wo sie dringend gebraucht werden: im Stadtumbau von Groß Klein und Toitenwinkel und nicht im Stadtzentrum.“

„Attraktivitätsfaktoren, wie z. B. die Verfügbarkeit von Kitaplätzen und Ärzten, guten Schulen und gepflegten Parkanlagen können die soziale Durchmischung eines Quartiers positiv beeinflussen. In den Rostocker Randgebieten ist in dieser Hinsicht zu wenig geschehen. Auch auf die Konzentration von Sozialwohnungen in diesen Gebieten wurde nach der Wende nur unzureichend reagiert“, verdeutlicht Reinhold. „Die hohen Mieten in der Innenstadt leisten dann ihr Übriges, um die finanzschwächeren Familien gänzlich an die Stadtränder zu verdrängen.“

„Wir brauchen ein konsequentes Umsteuern im Stadtumbau und mehr Flächen in der Rostocker Innenstadt, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Ich bin ja schon dankbar, dass der Senat endlich den Bau von Hochhäusern wieder in seine Planungen einbezieht. Damit würden auch niedrigere Mieten im Zentrum wieder wirtschaftlich realisierbar“, erklärt der Abgeordnete. „Der Bund stellt auch in seinem Haushalt für 2019 wieder 790 Mio. € für die Städtebauförderung zur Verfügung. Rostock sollte sich daher für das neue Jahr vornehmen, endlich vom Planen zum Bauen überzugehen und entschlossen gegen die soziale Spaltung anzubauen.“